



Ein schwieriger EU-Beitrittskandidat

Die Reifeprüfung

Serbien auf dem mühsamen Weg nach Europa / Parlamentswahlen mit ungewissem Ausgang

VON ROTGER KINDERMANN

Am 28. Juni 1914 wurde im damals österreichischen Sarajevo der habsburgische Thronfolger Franz Ferdinand von einem serbischen Nationalisten niedergestreckt. Vier Wochen später beschoss ein Kriegsschiff der K.u.K.-Monarchie die Festung Belgrad, der Erste Weltkrieg hatte begonnen. Das europäische Pulverfass flog in die Luft – mit über 17 Millionen Kriegstoten am Ende. Hundert Jahre danach verhandelt Serbien über einen Beitritt in die Europäische Union. Wird jetzt endlich alles gut im Westbalkan?

„Die serbische Außenpolitik litt unter der Diskrepanz zwischen dem visionären Nationalismus, der die politische Kultur des Landes durchdrang, und den komplexen, ethnischen Realitäten auf dem Balkan.“ Das schreibt der Historiker Christopher Clark in seinem viel beachteten Buch „Die Schlafwandler“ über den Beginn des Ersten Weltkriegs. Noch bis in die jüngste Vergangenheit (unter Slobodan Milosevic) galt Serbien als politischer Unruhestifter, den die Nato nur mit Gewalt zur Raison bringen konnte. Nach dem Ende des Kosovo-Krieges verzögerten innenpolitische Streitigkeiten lange Zeit die Normalisierung der wechselseitigen Beziehungen zwischen EU und Serbien. Die Führung in Belgrad war nicht bereit, im Gegenzug für einen Beginn der Beitrittsverhandlungen faktisch jeglichen Anspruch auf die Region Kosovo aufzugeben.

Nachdem im vergangenen April endlich ein Abkommen über die Lösung von Streitfragen zwischen Serbien und Kosovo unterzeichnet wurde, konnten Mitte Januar 2014 die Beitrittsgespräche offiziell beginnen. Noch dominiert die Euphorie des Anfangs: „Nach über 20 trüben Jahren hoffe ich, dass Serbien durch die Beitrittsverhandlungen jetzt besser in die Schlagzeilen kommt“, sagte der für EU-Integration zuständige Minister Branko Ruzic auf einem zivilgesellschaftlichen Forum der Europäischen Bewegung („civil dialog“), mit dem die Einbindung der serbischen Öffentlichkeit in die Beitrittsverhandlungen gefördert werden sollte. Reichlich optimistisch hofft die amtierende Regierung, bis 2018 alle Bedingungen erfüllen zu können.

Vor den Verhandlungspartnern liegt ein steiniger Weg für einen schwierigen Kandidaten. Während die pro-europäischen Politiker Belgrads gerne historische Dimensionen bemühen (Ministerpräsident Iwica Dacic: „Wichtigstes Ereignis seit Ende des Zweiten Weltkriegs“) vergleichen sich viele Serben mit der Lage von DDR-Bürgern am Anfang der 90er Jahre, in denen die politische Transformation oft als Zwang empfunden wurde. In Brüssel und Belgrad kennt man auch die in Europa verbreitete „Erweiterungser schöpfung“. Seit Ausbruch der Finanz- und Schuldenkrise sind die Zweifel gewachsen, ob es nach dem EU-



Karnevalsritual in Serbien: Für die frühere jugoslawische Teilrepublik kommt der Weg von Belgrad nach Brüssel einer Feuerprobe gleich. (FOTO: REUTERS)

Beitritt Kroatiens zu weiteren Aufnahmen in diesem Jahrzehnt kommen wird. Führende Politiker in den Schlüsseländern der Gemeinschaft sehen die EU derzeit nicht in der Lage, weitere Kandidaten aufzunehmen. Sie verlangen eine sorgfältigere Prüfung, ob die Länder den gestellten Anforderungen an die Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit genügen.

Anfang 2013 sprachen sich im EU-Durchschnitt 52 Prozent der Befragten gegen eine weitere Ausdehnung der Union aus. Dabei waren in Deutschland, Österreich und Frankreich die Bedenken am größten. Man schreckt einfach davor zurück, sich weitere wenig erfolgreiche EU-Mitglieder wie Griechenland, Bulgarien oder Rumänien aufzubürden. Schon jetzt steht fest, dass der Aufnahmeprozess für Serbien wesentlich aufwendiger werden wird. Die Beteiligten wissen, dass auf dem Weg zur Mitgliedschaft noch erhebliche Hürden zu überwinden sind.

Insbesondere die Normalisierung der Beziehungen zum Kosovo steht erst am Anfang. Welche Mühe serbische Politiker mit diesem Thema haben, zeigt u. a. ihr Sprachgebrauch, der Name „Kosovo“ kam auf dem Forum der Europäischen Bewegung nicht über ihre Lippen. Bei einer möglichen Anerkennung der früheren serbischen Provinz redet man unverbindlich vom „Dialog mit Pristina“.

Wie andere Westbalkanländer gilt Serbien als problematischer Beitrittskandidat. So werden die Verhandlungen der 35 Kapitel belastet durch ungelöste ethnische Probleme, kaum Wirtschaftswachstum mit einer offiziellen Ar-

beitslosenquote von 27 Prozent, eine anhaltende Staatsverschuldung, fragile Beziehungen zu den Nachbarländern, einem unzureichenden Rechtsstaat und reichlich Korruption.

Gegenwärtig lässt die Regierung alle Privatisierungen der letzten zehn Jahre auf verdächtige Manipulationen überprüfen. Ermittlungen gegen 93 dubiose Geschäftemacher und korrupte Amtsträger eingeleitet.

Vor diesem Szenario plädierten auf dem Zivil-Dialog mehrere Repräsentanten serbischer Verbände für einen gründlichen Anpassungsprozess an Europa, „auch wenn die Verhandlungen wesent-

lich länger dauern sollte“. Professor Zoran Stojilkovic, Politikwissenschaftler an der Uni Belgrad, sagte: „Serbien braucht tief greifende gesellschaftliche Veränderungen, selbst wenn es gar keinen Beitrittsprozess gäbe“. Man sollte den Beitritt nicht als „Diktat aus Brüssel“ begreifen, sondern darin eine Chance sehen. Noch deutlicher drückte es Milan Kosanovic, Vize einer Stiftung für kulturelle Kooperation, aus: „Eine Justizreform auf dem Papier nützt gar nichts, nötig ist hier ein mentaler Wandel.“

Zugleich wird befürchtet, dass durch die bevorstehenden Parlamentswahlen am 16. März) die

Beitrittsgespräche erschwert werden. Prognosen sagen eine Abwahl des amtierenden Premiers Dacic voraus. Dies könnte einen mehr oder weniger willkürlichen Personalwechsel in den Belgrader Ministerien zur Folge haben. Schwer zu kalkulieren bleibt die Frage, ob EU-Nachbarn wie Bulgarien oder Kroatien dem Beitritt Serbiens Steine in den Weg legen. Einen Vorgeschmack liefert die Klage Zagrebs vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag gegen Serbien, inklusive Gegenklage wegen „systematischen Völkermords“ in den Jahren 1991 bis 1995. Schließlich gelang es auch Slowenien durch eine vermeintliche Grenzstreitigkeit, den Beitritt Kroatiens zu verzögern.

Gleich mehrere Teilnehmer des zivilgesellschaftlichen Dialogs beurteilen die schwierige Lage der Medien als äußerst bedenklich. In der Statistik der Pressefreiheit steht Serbien unter den europäischen Ländern laut aktueller Rangliste von „Reporter ohne Grenzen“ weit hinten auf Platz 54. Vertreter serbischer und europäischer Journalistenverbände kritisierten, dass Pressefreiheit und Transparenz als Beitrittskriterien eine viel zu geringe Rolle spielen würden.

Derweil mehren sich im Europaparlament skeptische Stimmen. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Europaparlamentes, Elmar Brok, erwartet, dass die Beitrittsgespräche sich bis zu acht Jahren hinziehen. Das Land sei im Augenblick noch nicht reif für die Europäische Union.



Grafik: Michèle Winandy